

**Im Zeitraum**  
**Johannes Kaup im Gespräch mit Hannes Androsch und Erhard Busek**  
ORF RadioKulturhaus, 26.04.2016 18:30 Uhr

**Sendemitschnitt**  
ausgestrahlt in der Ö1-Sendereihe „Passagen“. 02.05.2016. 16:00 Uhr

(Transkript)

Sie waren zwei prägende Politiker der Zweiten Republik am Ende des 20. Jahrhunderts. Sie hatten hohe und höchste Staatsämter inne, sie waren in wichtigen Parteifunktionen und ihre politische Karriere nahm jeweils ein Ende, das so von ihnen selbst nicht geplant worden ist: Hannes Androsch und Erhard Busek. Am vergangenen Dienstag, zwei Tage nach dem ersten Durchgang der Bundespräsidentenwahl, waren die beiden Elder Statesmen bei Johannes Kaup zu Gast in der RadioKulturhaus-Diskussionsreihe „Im Zeitraum“. Wegen der Aktualität dieses Gesprächs haben wir das Programm unserer „Passagen“-Reihe geändert und bringen heute eine Zusammenfassung der Diskussion mit Androsch und Busek. [...]

Hannes Androsch war ab den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts eine der herausragenden Figuren in den Regierungen unter Bruno Kreisky. Als sozialistischer Finanzminister hochgeschätzt, im Innenverhältnis zu Kanzler Kreisky allerdings mit Fortdauer der Zeit immer häufiger in Konflikte verstrickt. Androsch schied aus der Regierung aus, wechselte in die Creditanstalt, sanierte das Haus als Generaldirektor und war schließlich mit eigenen Industrieunternehmen erfolgreich. Daneben kommentierte er oft das politische Geschehen – manchmal zum Verdruss seiner Nachfolger in Regierung und Partei.

Erhard Buseks Verhältnis zur österreichischen Volkspartei, der er als Bundesparteiobmann vorstand, ist ähnlich gespalten. Busek war Vizekanzler und Wissenschaftsminister und engagierte sich nach seinem Ausscheiden aus den politischen Funktionen im Bildungsbereich. Er warb für den europäischen Gedanken, versuchte Brücken zu den osteuropäischen Staaten zu bauen und begleitete das politische Geschehen in Österreich aus kritischer Distanz.

Mit Johannes Kaup sprachen Androsch und Busek über die aktuelle politische Situation in Österreich, über Fragen der Bildungspolitik und – aus aktuellem Anlass – über die Bundespräsidentenwahl.

**Johannes Kaup:** Herr Dr. Busek, Herr Dr. Androsch, Sie beide zählen zu einer Generation, die das 20. Jahrhundert als Zeitalter der Extreme in seinen Grundzügen erlebt hat, nicht vielleicht in all seinen schrecklichen Konsequenzen. Sie haben den Aufstieg Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg miterlebt und zum Teil auch mitgestaltet. Zunächst zu Ihnen, Herr Dr. Androsch: Ihre Eltern stammen aus Mähren, Sie haben das Kriegsende in dem mährischen Dorf Piesling auf einem Bauernhof miterlebt. Ihre Familie wurde infolge der Beneš-Dekrete als Reichsdeutsche dann gewaltsam von dort vertrieben. Gemeinsam mit dem Maler und Aktionskünstler Hermann Nitsch haben Sie die Volksschulbank gedrückt in der Brünner Straße in Floridsdorf. Danach studierten Sie Welthandel, wurden Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Obmann im VSSStÖ und 1967 mit 29 Jahren jüngster Nationalrat. Nach dem Wahlerfolg Bruno Kreiskys 1970 begann dann Ihr steiler Aufstieg im Kabinett Kreisky. Mit 32 wurden Sie Finanzminister und blieben es elf Jahre lang. Diese Zeit wird von manchen Historikern als Österreichs „goldene Jahre“ bezeichnet. Es gab Wachstum von 3,6 Prozent, kaum Arbeitslosigkeit, relativ niedrige Inflation. Worauf führen Sie das zurück, Herr Dr. Androsch?

**Hannes Androsch:** Wir hatten das Glück, dank der Wahlerfolge von Kreisky und seinem Team, dass wir über eine absolute Mehrheit verfügten. Das hat die Sache natürlich unglaublich erleichtert, wenngleich wir als Minderheitsregierung begonnen haben. Und dass es diesen Erfolg gegeben hat, war ohne Zweifel die außerordentliche Leistung der Persönlichkeit von Dr. Kreisky. Und er und sein Team haben diese Möglichkeit doch so genutzt oder berücksichtigt, dass wir auf den Schultern unserer Vorgänger standen – was man immer tut – dass wir doch ein erfolgreiches Jahrzehnt gestalten konnten, dessen Ergebnisse vielfach heute längst zur Selbstverständlichkeit geworden sind.

**Johannes Kaup:** Sie wurden von Journalisten immer als Kreiskys Ziehsohn bezeichnet, obwohl Sie das persönlich bestreiten. Es gab unbestritten ein Naheverhältnis zwischen Ihnen beiden, Sie sind gemeinsam in Lech am Arlberg Schifahren gewesen beispielsweise. Anfangs hat Kreisky Probleme und Fragen

immer an Sie delegiert – Stichwort „Fragen’s den Androsch“. Das hat sich aber ab 1975 sehr eingetrübt und 1981 zum Abschied aus der Regierung geführt. Kreisky hat damals im „Profil“ sogar gesagt: „Androsch überzeugt mich nicht.“ – Wie haben Sie denn das Verhältnis zu Kreisky selbst erlebt?

**Hannes Androsch:** Im Jahr 1966 hatten wir nach der Olah-Krise – und was alles dazu geführt hat, würde jetzt zu weit führen – eine schwere Wahlniederlage hinnehmen müssen. Die ÖVP hat sozusagen kommunizierend die absolute Mehrheit erreicht, und das war natürlich deprimierend. Dann ging es um die Frage einer neuen Parteiführung. Das hat nicht lange gedauert, nämlich bis zum Jänner 1967. Und da bin ich überzeugt gewesen – es gab ja zwei Kandidaten, den früheren Innenminister Hans Zettl und eben Bruno Kreisky – dass Bruno Kreisky der geeignete wäre. Das war in Gewerkschaftskreisen nicht der Fall und auch in Wien nicht. Und in meinem Bezirk in Floridsdorf bin ich dafür eingetreten, das ist ihm auch zu Ohren gekommen natürlich. Und daraus ist dann eine zunehmend engere Beziehung entstanden. Aus meinem Bezirk heraus wurde ich dann im Herbst 1967 Abgeordneter. Und wir sind uns zunehmend in der Zusammenarbeit nähergekommen, was ihn dann schließlich dazu veranlasst hat – wohl ein mutiger Schritt, er hat ja zunächst andere Ideen gehabt, etwa den steirischen Landeshauptmann-Stellvertreter und Landesfinanzreferenten Schachner-Blazizek dazu zu machen, aber der ist erkrankt. Also jedenfalls hat er sich das dann getraut. Und damals hat noch Benya zu ihm gesagt: „Das ist aber dein Finanzminister, meiner/unserer ist es nicht.“ – Das hat sich dann später geändert und das war sozusagen in seinen Augen ein Liebes- oder Beziehungsentzug. Aber entfremdet haben wir uns über Sachfragen – Währungspolitik, Energiepolitik.

**Johannes Kaup:** Sie waren für die Hartwährungspolitik und Kreisky sozusagen mehr fürs Schuldenmachen.

**Hannes Androsch:** Das kann man auf diese simple Formel nicht bringen. Aber jedenfalls für die Hartwährungspolitik. Das war durchaus umstritten. Die Opposition war dagegen, die Industriellenvereinigung war dagegen, die Wirtschaftskammer, die Landwirtschaftsvertreter. Es freut einen, wenn man es erleben konnte – was mir zuteil geworden ist – dass man hintennach sagt, es war eine richtige Maßnahme aus einem ganzen Bündel von Maßnahmen, und ist nur mit der Unterstützung der

Gewerkschaft so durchsetzbar gewesen, auch gegen den anders beeinflussten Regierungschef. Und natürlich hat dies zu einer Entfremdung in der Sache und in der Folge auch zu einer persönlichen geführt.

**Johannes Kaup:** Hat er befürchtet, dass Sie ihn beerben?

**Hannes Androsch:** Das weiß ich nicht. Aber er hat es wahrscheinlich eine Zeit lang auch als eine Möglichkeit verfolgt, zum Unterschied von mir – aber das ist eine andere Geschichte. Ich erinnere mich noch an eine Begegnung nach den Wahlen 1979, die gegen alle Erwartungen wieder mit einer und der höchsten absoluten Mehrheit ausging. Es war die Frage – und er war in einem gesundheitlich schlechten Zustand, lag in der Rudolfstiftung. Da wollte man schon festsetzen, wann die Regierungserklärung gehalten wird. Dazu wäre er damals nicht in der Lage gewesen. Das habe ich dann geändert, und mit der Botschaft bin ich an einem Samstag Anfang Mai 1979 zu ihm ins Spital und habe gesagt, ich habe das mit Heinz Fischer – also dem Klubobmann – geregelt und die Regierungserklärung wird gehalten, wann er dazu in der Lage ist. Dann hat er die Frage gestellt: „Wie ist das zwischen uns beiden?“ – Sage ich: „Du willst mich weghaben.“ – Sagt er: „Nein, davon kann keine Rede sein, die Partei braucht dich und braucht auch mich“ – in der Reihenfolge. Dann sage ich: „Dann ist es ja für mich kein Problem und kein Thema.“ – Aber diese Einstellung hat nur wenige Wochen gesundheitsbedingt und einflüsterungsbetrieben gewährt. Und im Juli 1979 am Grundlsee beim Spazierengehen ist Waldbrunner stehengeblieben und hat gesagt: „Ich sag' dir was: Hau ihm das hin, bevor er dich hinausschmeißt.“ – Sage ich: „Wie stellst du dir das denn vor? Ich führe quasi die Regierungsgeschäfte, stellvertretend und geschäftsführend. Ich kann ihm ja nicht das Simperl vor die Tür stellen.“ – Ich habe Recht gehabt, aber Recht behalten hat Waldbrunner.

**Johannes Kaup:** Herr Dr. Busek, Ihre Vorfahren stammen aus Teschen, einer tschechisch-polnischen Grenzstadt. Aufgewachsen sind Sie in Wien-Alsergrund, Ihre geistige Heimat war während Ihres Jusstudiums die liberal-progressive Katholische Hochschuljugend mit prägenden Persönlichkeiten wie Karl Strobl, dem Künstlerpriester Otto Mauer, der auch Ihre Ehe getraut hat. Ihr Vater war Bauingenieur, kein Mann großer Worte. Er hat historische Baudenkmäler in Wien restauriert. Als Sie 1964 in die Politik gingen, sagte Ihr Vater: „Pass nur auf, dass du

anständig bleibst.“ – Mehr nicht. Ihre politischen Funktionen waren ÖVP-Klubsekretär, Generalsekretär des Wirtschaftsbundes, ÖVP-Generalsekretär, Landesparteiobmann der Wiener ÖVP, der Sie zu Beginn der Umweltschutzbewegung ein grünes Image gegeben haben – also Stichwort „bunte Vögel“. Sie wurden 1978 Vizebürgermeister, 1989 im Koalitionskabinett Vranitzky Wissenschaftsminister, 1991 dann ÖVP-Bundesparteiobmann und Vizekanzler, danach Minister für Unterricht und Kultur. Wenn Sie heute auf diese Ära zurückblicken: Worauf, würden Sie sagen, sind Sie stolz? Und was haben Sie falsch gemacht, um den Titel eines Ihrer Bücher zu zitieren, das Sie herausgebracht haben?

**Erhard Busek:** Ja, zunächst einmal das, wo ich glaube, etwas geleistet zu haben – stolz ist vielleicht der falsche Ausdruck. Ich glaube, dass es mir damals gelungen ist, in Wien nicht nur ein brauchbares Wahlergebnis zu erzielen, von dem leider meine Partei heute nur träumen kann, sondern auch einige Veränderungen. Stadtbelebung vor allem, da gibt's ein paar Signalausdrücke wie Stadtfest, Grätzl-Feste und Ähnliches mehr. Aber in Wahrheit war es ein Gegenlauf zu der Bewegung, die Stadt zu verlassen. Wir versuchten die Stadt als Lebensraum wieder interessant zu machen, und das vor allem bei der Stadterneuerung. Also die alten abgewohnten Gebiete des inneren Bereichs zu renovieren. Das hat lange nachgewirkt. Ich glaube, dass heute noch die Stadt sehr davon lebt. Und ich habe an Helmut Zilk geschätzt, dass er gesagt hat: „Du hast die Ideen und ich verwirkliche sie.“ – Das ist natürlich ein unangenehmes Schicksal, wenn Sie Oppositionsführer sind. Aber auf der anderen Seite die positive Seite, dass Sie sich überlegen können, Sie haben wenigstens was bewirkt. Und in dem Sinn bin ich ein bisschen auch darauf stolz. Das Zweite ist meine Ministertätigkeit. Ich glaube, dass ich zur Museumsreform sehr viel beigetragen habe, denn das waren ziemlich verschlafene Einrichtungen, halt noch kriegs- und nachkriegsbedingt in Wirklichkeit. Und wir sind da rechtzeitig in diese ganze Museumswelle wieder hineingekommen. Ein Sonderkapitel ist für mich das Museumsquartier. Das haben dann am Schluss alle anderen gebaut, aber die Ohrfeigen dafür, es durchzusetzen, habe ich bekommen und habe das auch gut ausgehalten. Und wenn ich heute durch den Hof gehe und sehe, wie er von der Jugend angenommen wird und dass das eine ganz spannende Kombination von Museen und Ausstellungen ist, bin ich eigentlich sehr stolz darauf.

Im Wissenschaftsbereich ist es gelungen, etwas mehr Geld für die Forschung aufzutreiben und eine kleine Universitätsreform zu machen und dafür das öffentliche Interesse auch zu wecken, was – und das wird mir Hannes Androsch bestätigen – nicht immer ganz einfach ist. Weil prinzipiell sind alle immer für die Forschung und für mehr Geld, aber in Wahrheit geschieht's dann nicht. Das ist eine der Schwierigkeiten. Und der letzte Punkt des Stolzes ist mein Mitwirken beim Beitritt zur Europäischen Union. Ich bin in dem Sinn ein überzeugter Europäer. Ich bin in die Regierung eingetreten, als wir den berühmten Brief nach Brüssel geschrieben haben, und ich habe die Regierung verlassen, nachdem wir die Abstimmung gewonnen haben und wir eingetreten sind – und halte das nach wie vor für einen wesentlichen Schritt und fühle mich da heute auch berufen, etwas zu tun, dass das nach wie vor verstanden wird. Ich habe auch dann in der Folge – Sie haben es aufgezählt – eine Reihe von europäischen Funktionen in Krisengebieten übernommen, wo ich auch heute noch entsprechend tätig bin.

**Johannes Kaup:** „Was haben wir falsch gemacht?“, so heißt der Titel eines Buches.

**Erhard Busek:** Das ist richtig. Das sind Beiträge von 20 Personen, und zwar wurde das Buch geschrieben zu einem Zeitpunkt, wo man gerochen hat, was am letzten Sonntag sichtbar geworden ist, also eine Veränderung der politischen Landschaft mit einer Reihe von Problematiken usw. Ja, falsch haben wir gemacht, dass wir das nicht verhindert haben. Das ist vielleicht die sehr primitive Antwort, aber da gibt's noch einige Sonderkapitel. Das ist die Frage der Medienlandschaft zum Beispiel, das ist die Frage der richtigen Prioritäten. Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele, aber da kann Hannes Androsch mindestens so viel dazu sagen: also die Bedeutung der Bildungspolitik, und in Wahrheit geschieht nichts, und eine Reihe von diesen Dingen. Und – das ist ein wesentliches Kapitel für mich – die Gewinnung eines politischen Nachwuchses. Da war ich immer sehr bestrebt, war eigentlich am Beginn auch recht erfolgreich. Das ist aber völlig abgeebbt und so ist heute die Auslese – ich würde sagen – in marginaler Qualität, wenn ich das höflich formuliere.

*Zwei Veteranen der österreichischen Politik resümieren über Österreichs Gegenwart und Zukunft. Hannes Androsch und Erhard Busek im Gespräch mit Johannes Kaup. Erhard Busek schildert nun die Hintergründe seiner Ablöse an der ÖVP-Parteispitze im Jahr 1995.*

**Erhard Busek:** Meine Ablöse innerhalb der Partei haben schon einige Leute der Partei betrieben, das muss man klipp und klar sagen. Mir ist damals sehr freundlich gesagt worden: „Also wenn du noch einmal kandidieren willst“ – das war angesichts einer Wahl neuerlich zum Bundesparteiohmann – „das können wir uns nicht vorstellen.“ – Und bevor ich da in einen sinnlosen Kampf gezogen bin, habe ich hier die Konsequenzen daraus gezogen. Dichand ist schon früher auf Distanz zu mir gegangen. Ich darf Ihnen das anekdotisch erzählen: Helmut Zilk hat eine gewisse Rolle in der Kronenzeitung gespielt, als Ombudsmann und Ähnliches mehr. Und als dann Zilk Kulturstadtrat geworden ist, hat mir Hans Dichand in strahlender Offenheit gesagt: „Wissen’s, ich habe ja ganz gern über Sie geschrieben und so, aber jetzt ist mein Freund im Wiener Stadtsenat, jetzt schreiben wir nicht mehr für Sie, oder negativ.“ – Daran hat sich Hans Dichand gehalten, man konnte sich immer auf ihn verlassen. Das ist dann noch ärger geworden, wie ich Bundesparteiohmann und Vizekanzler war. Da gab’s dann ein Gespräch im Beisein von Bibi Dragon, dem geschäftsführenden Chefredakteur, und da sind die Themen vorgelegt worden. Das war damals schon die Fremdenfrage, es waren bestimmte Einrichtungen sozialer Aspekte und ich weiß nicht, was noch war. „Also wenn Sie da unsere Linie machen, dann unterstützen wir Sie.“ – Hab’ ich gesagt: „Sie, seien’s mir nicht böse, ich kann eigentlich nur die Linie verfolgen, die ich mir vorstelle. Das ist das Risiko, das ich hier eingehe. Ich sehe mich dazu nicht in der Lage.“ – Daraufhin hat Hans Dichand gesagt: „Na, dann werden Sie schon sehen, was das für Folgen hat“, ist vom Mittagstisch aufgestanden und hat mich verlassen, ohne zu zahlen. Aber das habe ich mir noch leisten können. Gegenüber einem Millionär war das eine nette Geste, ich hätte mir nur die Rechnung aufheben sollen, das habe ich leider nicht gemacht.

**Hannes Androsch:** Ist aber jetzt Pflicht.

**Johannes Kaup:** Ist jetzt Pflicht, genau. Aus diesem Grund wahrscheinlich.

**Erhard Busek:** Ich bin mir nicht ganz sicher, ob die Familie Dichand eine Registrierkasse hat.

**Johannes Kaup:** Das muss hier alles zensuriert werden, das wissen Sie eh, ge?

**Erhard Busek:** Von der „Krone“?

**Johannes Kaup:** Eigenhändig, vorausseilender –

Herr Dr. Androsch, Sie kamen nach Ihrem Abgang aus der Politik als Generaldirektor in die der schwarzen Reichshälfte zugeordnete Creditanstalt. Die war mit großen

defizitären Industriebeteiligungen bei Semperit, Andritz und Steyr in Gefahr, bankrott zu gehen. Sie haben den Konzern dann durch Verkauf der Firmen bzw. Neuorganisation saniert und die Bank auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können. Die konnte dann positiv bilanzieren. Später sind Sie zum erfolgreicher Berater, Investor und Industriellen in Österreich und China geworden. Neben den unbestrittenen Erfolgen, die Sie hatten, interessieren mich vor allem Ihre Niederlagen, Enttäuschungen und das Scheitern. Ich denke nämlich, Sie haben ja Ihrer Autobiografie nicht von ungefähr den Titel „Niemals aufgeben“ gegeben, denn Scheitern ist irgendwie lehrreicher als die Siege. Was schmerzt Sie denn im Rückblick? Was tut Ihnen leid? Was würden Sie heute anders machen?

**Hannes Androsch:** Ja, in der Ministerzeit hätte ich gern neben vielem, was erreicht werden konnte, anderes auch gern erreicht. Aber das ist an Widerständen, auch zu unterschiedlicher Auffassung mit dem Regierungschef, gescheitert. Das Ausscheiden und wie es dazu geführt und gekommen ist, war auch für meine Familie alles andere als lustig. Ebenso gilt das dann für das erzwungene Ausscheiden aus der Creditanstalt, über das die Mitarbeiter von damals heute noch traurig sind und von dem mein Vorgänger Dr. Treichl, der mit 100 Jahren voriges Jahr verstorben ist, gemeint hat, das, was dann passiert ist, wäre unter dem Androsch nicht möglich gewesen – ich zitiere: „Weil es nicht notwendig war, dass wir dieses Vorzeigeeinstitut mehr oder weniger verschenkt haben.“

**Johannes Kaup:** War das die Hypo Vereinsbank oder –

**Hannes Androsch:** Das war die Hypo Vereinsbank und man hat nicht einmal nachgeschaut, dass die ja ihrerseits pleite ist, und musste dann in die Arme der UniCredit, und die muss jetzt – auf gut Wienerisch gesagt – auf die Bank Austria auspaddeln, weil sie das Geld braucht und weil sie nicht die riesige Bankensteuer für die Gewinne der Bank Austria zahlen wird. Und die Bankensteuer ist mit ein Grund, warum wir dann bald beim Bankomaten eine Gebühr haben. Nur dass wir verstehen, wo die Ursachen sind für diese Dinge. Also das hat auch keine Freude gemacht. Und andere Dinge auch nicht. Aber alles in allem kann ich mit der weiteren Entwicklung nicht unzufrieden sein. Die ganze Familie ist gesund und ich kann sie ernähren.

**Johannes Kaup:** Ja, das haben wir alle schon gemerkt.

**Hannes Androsch:** Wie merkt man das?



**Johannes Kaup:** Nein, das riecht man. Die Frage ist schon: Würden Sie etwas anders machen heute? Was tut Ihnen leid oder gibt es etwas, wo Sie sagen, bah, da hätte ich anders reagiert?

**Hannes Androsch:** Grundsätzlich nein, weil man muss zu dem stehen, wie es war, und nicht hintennach klüger geworden sein sozusagen mit der Weisheit des Rückspiegels. Man muss zu dem stehen, wie es war. Man kann die Vergangenheit nicht bewältigen, aber was man bewältigen muss, ist die Zukunft. Ich habe mir oft überlegt, ob es geholfen hätte, ein anderer Umgang oder mehr Verständnis oder Einfühlungsvermögen mit einem zunehmend kranker werdenden und gewordenen Kreisky. Ja, das sicher. Ob das sehr viel geholfen hätte, kann niemand beantworten.

**Johannes Kaup:** Kommen wir in die Gegenwart. Der Wähler gibt seine Stimme ab und ist nachher oft sprachlos, werden sich manche nach der gestrigen Bundespräsidentenwahl gedacht haben, nach der ersten Runde – die einen mit einem lachenden Auge, die anderen mit einem weinenden. Jedenfalls markiert diese Wahl eine politische Wende in der Zweiten Republik. Keiner der Kandidaten der Koalitionsregierung hat es in die Stichwahl geschafft, obwohl sie rein formal über das größte Mobilisierungspotenzial verfügen müssten. Da würde mich jetzt interessieren: Was denken Sie darüber? Welche Schlüsse ziehen Sie daraus, Herr Dr. Busek?

**Erhard Busek:** Ja, zunächst einmal: Gar so unerwartet ist das nicht gekommen. Die Höhe des Ergebnisses des freiheitlichen Kandidaten kam für mich unerwartet, aber dass die zwei Regierungskandidaten nicht in die zweite Runde kommen, war mir völlig klar.

**Johannes Kaup:** Warum?

**Erhard Busek:** Ich sage das in aller Deutlichkeit. Naja, sie sind auf eine unterschiedliche Art keine besonderen Sympathieträger – respektable Persönlichkeiten, das ist außer Frage, aber keine Roadgetter. Ich habe auch sehr kritisch in der Öffentlichkeit bemerkt – und das kann ich mir aufgrund meines Alters leisten – dass sie schon zu alt dafür sind und natürlich auch für bestimmte Schichten keine besondere Attraktivität haben. Und dazu habe ich aufmerksam gemacht, dass sie natürlich die Belastung der Beurteilung der Regierungskoalition auch zu tragen haben und quasi kein innovatives Element beinhaltet haben. Es tut mir leid, dass ich

Recht gehabt habe, das muss ich sagen. Ich bin deswegen auch sehr angefeindet worden. Das ist aber so.

**Johannes Kaup:** Aber durch Ihre Unterstützung der Präsidentschaftskandidaten Griss, die ja auch überraschend kam für einige, wurden Sie de facto von einigen Ihrer Parteikollegen als Verräter gebrandmarkt. Als Nestbeschmutzer haben Sie ja eh schon gegolten. Einige „Parteifreunde“ haben ein Parteiausschlussverfahren gegen Sie gefordert. Sind Sie eigentlich noch gerne ÖVP-Mitglied?

**Erhard Busek:** Darum geht's nicht. Aber ich bin geraume Zeit in dieser Partei, habe Verantwortlichkeiten getragen, und das verlässt man nicht von sich aus. Ich weiß auch nicht, ob es zu dem Verfahren je kommen wird. Wenn in der ÖVP das angestrebt wird, kann ich sie nur bewundern. Wenn das die einzige Sorge ist und damit die ÖVP genesen ist, dann nehme ich das gern auf mich. Ich fürchte nur, das wird nicht genauso funktionieren. Das ist ein bisschen ein Symbol von innerparteilicher Diskussion. Ich begegne ja nicht nur von Parteifreunden, sondern auch durchaus außerhalb mit einigen Stimmen, quasi nur weil man eine Funktion gehabt hat, muss man ewig den Mund halten. Ich habe seit 21 Jahren keine Parteifunktion – 21 Jahre. Und eigentlich lasse ich mir das bürgerliche Recht einer Meinungsäußerung nicht nehmen. Das ist, glaube ich, eine Verpflichtung dazu. Und noch dazu, wenn man einige Erfahrungen hat und einem die Leute auch zuhören. Mein Terminkalender ist voll, ohne dass ich etwas dazutue, von Einladungen, bei irgendwelchen Veranstaltungen – da meine ich nicht diese – aufzutreten und mit den Menschen zu diskutieren. Durchaus mit Vergnügen, weil die politische Erfahrung und das politische Interesse auch dort hinführt. Also mich beeindruckt das in Wirklichkeit nicht sehr. Vor allem: Die zwei, die das verlangt haben, sind keine unbedingten Leistungsträger der Politik. Aber das ist eine andere Sache.

**Johannes Kaup:** Herr Dr. Androsch, Sie äußern sich ja, wie ich feststelle, im Zwei-Tages-Stakkato mit Kommentaren und Artikeln und Vorträgen, also Sie sind unglaublich präsent in der Öffentlichkeit, immer wieder auch als Citoyen. Was sagen Sie denn eigentlich zur jetzigen Wahl, zu dem Umbruch, der sich da möglicherweise ankündigt?

**Hannes Androsch:** Naja, überraschend konnte das nicht gekommen sein, sondern das ist der Höhepunkt einer jahrelang stattgefundenen Serie von Wahlniederlagen, aus denen die Regierungsparteien nicht bereit waren, irgendwelche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zu ziehen oder Änderungen vorzunehmen, ja nicht einmal eine vernünftige Ursachenanalyse. Das wäre ja wohl das Mindeste nach einem schlechten Wahlgang oder einer Wahlniederlage, Ursachenanalyse vorzunehmen. Jetzt kann ich schon beipflichten dem Erhard Busek: Das Ausmaß hat mich auch überrascht, der einen wie der anderen. Lugner hat das richtig schon im Vorfeld gesagt „wir drei Außenseiter“. Da wird einem ja anders. Aber er hat Recht behalten. Und wenn gesagt wurde – und ich habe das auch getan und habe das auch versucht an einigen konkreten Beispielen festzumachen – was denn gerade noch gemacht werden könnte, um das zu korrigieren. Ich habe gemeint, eine Bildungsreform, die den Namen verdient, einen Finanzrahmen bis 2020 – der ist heute beschlossen worden und vernachlässigt schon wieder Bildung, Wissenschaft und Forschung, also ist schon danebengegangen – und einen Finanzausgleich, der diesen föderalen Verteilungsunfug beendet. Also eines von den drei Themen ist schon à la bonne heure heute gescheitert, und drei Personalentscheidungen – es stehen an die Wahl des Rechnungshofpräsidenten, des Verfassungsgerichtspräsidenten und des ORF-Generalintendanten. Wenn diese Lackmus-Tests der nächsten Wochen nicht bestanden werden – naja, also dann ist den beiden Regierungsparteien nun wahrlich nicht mehr zu helfen.

Und diese Kernschmelze der Mitte wird uns zu schaffen machen. Und ich mache mir Sorgen. Ich möchte mich am 23. Mai nicht wundern wollen müssen, was alles möglich ist. Daher können Sie sich –

**Erhard Busek:** Einer der Kandidaten hat gesagt, Sie werden noch schauen –

**Hannes Androsch:** Ja, das hat er gesagt.

**Johannes Kaup:** Was hat er damit gemeint? Was glauben Sie?

**Hannes Androsch:** Das war eine Drohung, eine ganz massive Drohung, eine plumpe Drohung. Und daher ist für mich überhaupt keine Frage, dass ich am 22. Mai den Van der Bellen wähle.

**Johannes Kaup:** Schon in den letzten Jahren haben die Landtagswahlen und jetzt die Präsidentschaftswahlen deutlich gezeigt, wie stark und schnell das traditionelle Parteiensystem zerbröselte. Verzweifelt schmiedeten manche Politiker Allianzen mit

dem Boulevard in der Hoffnung, mit gefälligen Sägern die Volksmeinung noch für die eigene Politik zu gewinnen. Die Koalitionsregierung – haben wir gesehen – ist in den letzten Wochen vermutlich aus strategischen Gründen politisch nach rechts abgedriftet, indem sie in Sachen Asyl grundlegende Menschenrechte und Freiheiten eingeschränkt hat. Aber all das scheint ihr nicht zu helfen. Die Frage: Angenommen, einer der Koalitionspartner bricht aus dem System aus und koaliert mit der derzeit rechnerisch führenden Alternative, der FPÖ. Dann hätte jene Partei sicher eine sehr hohe Rechnung zu bezahlen. Ich erinnere nur an die Jahre Schüssel und die ÖVP im Jahr 2000. Wie entkommt man denn so einem realpolitischen Dilemma?

**Erhard Busek:** Ja, zunächst einmal, indem man selber eine bessere Politik macht. Politik ist Wettbewerb, sozusagen ein Angebot auf dem Markt der Meinungen, Stellungnahmen, Ergebnisse. Anders wird es in Wirklichkeit nicht gehen. Sie haben mit einer Vermutung Recht, die sozusagen durchgeschimmert hat. Ich bin überzeugt, dass in beiden Parteien es Kräfte gibt, die schon irgendwelche neuen Koalitionen suchen. Ein bisschen kann man sie ja knirschen hören irgendwo im Hintergrund, was hier ein guter Partner wäre, quasi um die Macht selber zu retten. Aber eines muss man sich ganz nüchtern sagen – bitte, wenn es der Wähler entscheidet – der Herr Strache wird das nicht tun, was Haider im Fall Schüssel getan hat, nämlich auf die Funktion Nummer eins, den Bundeskanzler, zu verzichten. Das ist außer Frage. Das Lehrstück hat die FPÖ sicher gelernt. Daher glaube ich, braucht man sich da nicht sehr viel erwarten. Und es ist die Rolle des Zweiten, die dann passiert, natürlich auch bestimmte Preise zu zahlen. Wobei natürlich die Ankündigung, die die FPÖ oder in dem Fall auch der Präsidentschaftskandidat hier macht, hier mehr erwarten lässt. Ob das alles so geht, lasse ich dahingestellt, denn manches steht nicht in der Verfassung drin. Aber es wird zweifellos sehr belebend wirken und wird auch sehr polarisieren.

Die Sorge um die Polarisierung, die ausgesprochen wurde – etwa die Präsidentschaftskandidatin Griss hat das immer wieder gesagt – die teile ich. Und ich glaube, man muss einige Dinge doch hier deutlich sagen: Es wird wahrscheinlich keinen Sinn haben, wenn man wieder demonstriert oder den Heldenplatz besetzt oder Ähnliches mehr. Ich habe auch die Sorge, dass jetzt die Nazi-Keule geschwungen wird. Das ist für eine jüngere Generation kein Argument mehr, das muss man einmal zur Kenntnis nehmen.

**Johannes Kaup:** Ist auch kontraproduktiv in gewisser Weise, nicht?

**Erhard Busek:** Das ist richtig. Und ich bin auch da sehr sensibel in dem Sinn, dass man das nicht verharmlosen sollte. Aber das, was als Rechtsruck auftritt, ist nicht Rückgriff auf alte Zeiten, sondern ist eine Sehnsucht nach einer Art autoritären Demokratie. Illiberale Demokratie hat sie Nachbar Viktor Orbán hier genannt, wobei an sich die Grundlage der Demokratie das Liberale eigentlich ist, nämlich die Verständigung und die Freiheit, die Meinung des Anderen zu akzeptieren. Also da gehen wir schon auf Dinge zu, die die Gabe der geistigen Unterscheidung in Sicherheit verlangen. Es ist schwierig, in einem Medium hier etwas zu sagen. Wir haben da ein bisschen auch ein Medienproblem. Sie haben das vorhin genannt. Also das, was mich wundert: Beide Regierungsparteien – die eine vielleicht ein bisschen mehr in eine Richtung – finanzieren ja ungeheuer bestimmte Medien, die im Ernstfall dann nicht für sie schreiben. Also das ist sozusagen eine Steuer der Blödheit, die gezahlt wird. Das fasziniert mich in Wirklichkeit, aber da kommt meine alte Liebe zur „Krone“, „Heute“, „Österreich“ und was es sonst noch gibt, durch. Ich weiß, das wird jetzt rausgeschnitten, weil das nicht gut geht im Radio.

**Johannes Kaup:** Ich werde nichts schneiden hier, das kann ich Ihnen versprechen.

**Erhard Busek:** Aber die Schneider finden sich.

**Johannes Kaup:** Ich glaub's nicht, aber bitte.

**Erhard Busek:** Hoffentlich.

*Hannes Androsch und Erhard Busek über die aktuelle Situation der Politik in Österreich, aufgenommen im RadioKulturhaus am vergangenen Dienstag, zwei Tage nach dem ersten Durchgang der Bundespräsidentenwahl. Hannes Androsch sieht im Ergebnis dieses ersten Wahlganges auch internationale Zusammenhänge.*

**Hannes Androsch:** Also es gibt eine Fülle von Problemen und Entwicklungen, die uns sozusagen überrannt haben. Und das bedeutet, dass Unsicherheiten, Ungewissheiten bei den Menschen, Besorgnisse, entstanden sind und sie Sehnsucht haben, Ziele, Perspektiven, Orientierung zu bekommen. Und genau das haben sie nicht und bekommen sie nicht. Das ist ein europäisches Phänomen, nicht nur ein österreichisches. Das hat dazu geführt, dass man in ganz Europa in unterschiedlichem Ausmaß einen – wie es genannt wurde – Verlust der Mitte und ein

Ausufern an den radikalen Rändern registrieren muss. Und sozusagen diese Kernschmelze der Mitte, die haben wir am Wahltag für den ersten Durchgang der Bundespräsidentenwahlen erlebt. Das ist nicht erfreulich. Wenn ich mir die Gratulationen der Rechtspopulisten an den erfolgreichsten Kandidaten von Jobbik bis Le Pen und von AfD bis wer immer ansehe, ist das alles andere als erfreulich. Ich hätte gern, dass Österreich in den internationalen Medien mit anderen Themen vorkommt, zum Beispiel – wie Sie zitiert haben aus den 70er-Jahren – dass die „Financial Times“ über uns schreibt, weil wir eine herzeigbare wirtschaftliche Performance zustande gebracht haben, was schon lange nicht der Fall ist. Und man wird die Menschen nicht dadurch von ihren Ängsten befreien – und es gibt Verdrängungs- und Überfremdungsängste, umso mehr, als die Menschen das Gefühl haben, die staatlichen Verantwortlichen sind den Problemen gegenüber hilflos. Und das schon vor dem vorjährigen Einsetzen der Flüchtlingswelle, weil Traiskirchen ist ja schon lange angestanden. Und daneben war eine leere Kaserne und ein aufgelassenes Seniorenheim und man hat die Leute dort auf offenem Asphalt liegenlassen. Also Unfähigkeit oder böse Absicht, das sei jetzt dahingestellt. Und aus diesen Besorgnissen und Ängsten ist auch eine Wut entstanden. Und da hat die Oppositionspartei außer ein bisschen diese Ängste noch fördern und schüren gar nichts machen brauchen, denn die Wut war schon groß genug. Und die hat sich also in einem Erdbeben entladen, und das hat eine größere Richterzahl gehabt als am nächsten Tag ein tatsächliches, weil das waren nur 4,1 – das politische am Vortag war eher in der Größenordnung von 8 und ist noch nicht zu Ende.

**Erhard Busek:** Darf ich da vielleicht noch anschließen? Das, was Hannes Androsch hier gesagt hat, ist ein ganz wesentlicher Punkt: die Frage der Angst. Momentan lebt die Politik in ganz wesentlichen Teilen davon, Angst zu machen. Aufgabe der Politik ist es aber, Angst zu nehmen. Das ist der ganz entscheidende Unterschied. Und wir haben eine ganz eigentümliche Drehung auch bei den Regierungsparteien, mit Angst hier umzugehen. Die ganze Promulgation von Zäunen, Festungen usw., die es hier gibt, und wir brauchen mehr Mittel für die Sicherheit und dergleichen mehr – gut, wenn wir mehr Polizisten brauchen. Aber was, glaube ich, Hannes Androsch genauso wundert wie mich, dass wir plötzlich eine Milliarde und mehr für Polizei und eine Milliarde und mehr für die Landesverteidigung haben, wo wir uns bei der Bildung nicht einmal die Gehälter der Lehrer leisten können. Da fehlen immer noch 500 Millionen für die Lehrergehälter. Das muss man sich vorstellen – für die

bestehenden Lehrer. Statt dass man etwa für die Frage der Integration und dergleichen mehr Lehrer bräuchten. Das ist abenteuerlich und das ist eine falsche Diskussion. Der neue Verteidigungsminister ist mir an sich von der Person her nicht unsympathisch, vor allem wie er noch im Burgenland gewirkt hat. Aber wenn er jetzt die ungeheure Idee hat, er braucht dringend Panzer und Kampfhubschrauber mit der Bedrohung der Terroristen, dann frage ich mich, was hätte der mit Kampfhubschraubern und mit Panzern gemacht am Flughafen von Brüssel, bei der Metrostation und in Paris bei Konzertsälen und Restaurants? Wir haben in der Hinsicht ein Sicherheitsproblem im Sinne eines verbesserten Austausches von Information.

Ich kriege immer einen dicken Hals vor Ärger, wenn ich dann im Fernsehen sehe, dass nicht nur die Österreicher, sondern auch andere Regierungen hier in Europa auftreten und sagen, ja, da muss es mehr Kooperation geben und Informationsaustausch. Ja, ich hindere sie ja nicht, das können sie alles selber tun. Sie treffen sich ohnehin jede Woche aus irgendeinem Anlass. Dann sollen sie Informationen austauschen, dazu sind sie in Wirklichkeit da. Das ist die eigentliche Aufgabe – und offensichtlich funktioniert das nicht. Vielleicht haben sie vor lauter Schreck die Sprache verloren, aber dann sollen sie etwas anderes erzählen als den Blödsinn.

**Johannes Kaup:** Herr Dr. Busek, jetzt ist das, was Sie auf europäischer Ebene ansprechen, nämlich diese halbe Integration, sozusagen im Sprung gehemmt zu sein – in der Kirche ist es ja im Übrigen auch ähnlich – und keine gescheite Integration weiterzubringen, ein Spiegelbild auch der Situation in Österreich selbst. Denn einer der größten Hemmschuhe, wenn man so will, unserer Reformen, die anstehen, ist ja dieser auf die Spitze getriebene Föderalismus, der eben wieder auch vom Rechnungshof kritisiert wird. Jahr für Jahr werden die bürokratischen Zweigleisigkeiten kritisiert, die provinzielle Verländerung. Der Rechnungshof weist auf ein möglichst großes Einsparungs- und Effizienzpotenzial hin. Aber jedes Mal wird die Verwaltungsreform durch die jeweiligen Selbstbehauptungsstrategien wieder auf Eis gelegt, es geschieht nichts. Haben Sie eine Idee, Herr Dr. Busek, oder eine Vision, wie man diesen Gordischen Knoten einmal zerschlagen kann, nämlich zum Wohl der nächsten Generation?

**Erhard Busek:** Entschuldigen Sie vielmals, da braucht's keine Vision, sondern Maßnahmen. Die Maßnahmen sind ziemlich klar, die sind im Verfassungskonvent zum Teil niedergelegt.

**Johannes Kaup:** Zum Beispiel?

**Erhard Busek:** Der ist sofort eingesackt worden. Ich habe seinerzeit nur eine Demokratiediskussion mit dem Beitrag gebracht, man soll den Bundesrat abschaffen, der ist eh für nichts gut außer für Ausweichmandate für jeden, der in der Partei übrig bleibt, und hat in Wirklichkeit keine Funktion. Dafür ist die Landeshauptleutekonferenz eine Institution, die verfassungsrechtlich nicht existiert, aber alles entscheidet. Das ist ein bisschen eine ungute Situation und an die Frage muss man herangehen. Bitte, ich bin nicht gegen die Bundesländer. Das bringt Farbe ins Leben, also nicht nur quasi folkloristischen Colorit, sondern generell. Aber ich erinnere mich, mein seliger Lehrer, Einführung in Staat und Recht in der Juristerei, Adolf Merkel, Sekretär des Verfassungsausschusses von Kelsen im Jahr 1919/20, hat immer gesagt – das war schon ein älterer Herr mit piepsender Stimme: „Merkt's euch eins: Der Förderalismus ist ein intrigierender Bestandteil der Republik.“ Und an den Adolf Merkel erinnere ich mich jetzt immer, weil natürlich dann sozusagen dort die Musik spielt.

**Johannes Kaup:** Ein intrigierender, hat er gesagt?

**Erhard Busek:** Ein intrigierender – Förderalismus mit „r“ bitte – Förderalismus, intrigierender Bestandteil. Und ich glaube, da bedarf es einfach der Notwendigkeiten seitens der Bundesregierung und der Bundesparteien, auch des Nationalrates, hier entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Da kommt das Wahlsystem herein, denn die Landesparteien entscheiden, ob der wieder kandidieren darf. Das, was Hannes Androsch in einer Vorbesprechung gesagt hat, ist völlig richtig. Jeder dieser Landeskaiser/-könige/-fürsten oder was sie immer sind, sagt immer „meine Abgeordneten“. Ja, an sich sind es die Abgeordneten der Wähler – nein, es sind „meine Abgeordneten“ vom Herrn Landeshauptmann X oder Y. Die gehören ihm überhaupt nicht, aber er nominiert sie, daher werden sie immer dran erinnert, dass sie entsprechend brav sein müssen. Das ist unser Demokratieproblem und das gehört ausgesprochen. Das ist einfach notwendig. Wir schweigen uns darüber hinweg, und in Wirklichkeit leidet dann jeder dieser Landesparteiobmänner unter diesen Fehlentscheidungen. Und immer taucht dann irgendeiner auf und muss dann dringend irgendeinen Minister auswechseln.



**Johannes Kaup:** Helmut Peter hat Ende der 90er-Jahre bereits in den „Salzburger Nachrichten“ gesagt: „Österreich ist keine parlamentarische Demokratie, sondern ein Ständestaat mit parlamentarischer Fassade. Dass das Parlament die Vertretung des Volkes ist, davon kann keine Rede sein. Die Volksvertretung hat das Volk vergessen, der Nationalrat vertritt nicht das Volk, kontrolliert auch nicht – wie in der Verfassung vorgesehen – die Regierung, sondern alles zusammen ist ein einziger Wust.“  
Halten Sie Peters Diagnose des Parlamentarismus für eine zutreffende Beschreibung?

**Hannes Androsch:** Sie ist zumindest nicht ganz falsch. Wir haben das ja bei der Behandlung des Bildungsvolksbegehrens erlebt. Ein monatelanger, eigens dafür eingerichteter Ausschuss hat das mit großem Engagement beraten und man hat das Gefühl gehabt, es gibt nur mehr eine Fraktion. Dann kam die letzte Sitzung und herausgekommen ist null Beschlussfassung, mit dem Hinweis, man muss auf die realpolitischen Machtverhältnisse Rücksicht nehmen, die da eben in den Ländern gelegen sind oder bei den Interessensvertretungen, in dem Fall bei den Lehrergewerkschaften.

**Johannes Kaup:** Da haben praktisch 400.000 Menschen umsonst unterschrieben, oder?

**Hannes Androsch:** Zu wenig, aber immerhin 400.000. Das ist die Realverfassung. Und die hängt auch damit zusammen, weil den Föderalismus haben andere Länder auch oder zum Teil noch mehr, aber doch ausgewogener. Die Steuerhoheit liegt beim Bund, aber die Ausgabenhoheit liegt bei den Ländern, und die kriegen einen immer höheren Anteil davon die letzten Jahre, um es zu vergeuden, zu verspekulieren, in Landeshypothekenanstalten zu versenken. Und das ist nicht nur eine, sondern auch andere.

**Johannes Kaup:** Aber die Steuerhoheit wollen die Länder ja gar nicht?

**Hannes Androsch:** Naja, das ist ja klar. Ist ja nicht das Angenehmste, nicht? Sie verlangen es zwar immer. Aber wenn man es ernst nimmt – das hat ja mein jetziger Nachfolger probiert – dann wollen sie davon nichts wissen, weil das ist ja dann weniger populär als der Föderalismus, den du da eben vorhin zitiert hast. Aber umso mehr verlangt das – Regierung kommt von Regieren – dass regiert wird und nicht

einfach ein Stillstand verwaltet. Aber es hilft bei den Wahlen auch den Ländern inzwischen nichts mehr. Wenn Sie die letzte diesbezügliche oder die letzten zwei Wahlen anschauen, in Oberösterreich oder Vorarlberg usw. sind saftige Wahlniederlagen eingefahren worden. Also es gehört die Kirche wieder zurück ins Dorf, weil diese Art des Föderalismus ist sicherlich aus den Ufern getreten und aus dem Ruder gelaufen.

**Johannes Kaup:** Lassen Sie uns noch einmal zurückkommen: Was macht Ihnen sozusagen Angst? Und was wollen Sie unbedingt bewahrt haben, damit wir zukunftsfähig werden für die nächsten Generationen?

**Erhard Busek:** Also Angst macht mir die Angstmache, weil damit sozusagen eine gewisse Radikalisierung in Wahrheit herbeigeführt wird. Und Angst macht mir, dass die Demokratie möglicherweise irgendwie uns abhanden kommt, weil so auftaucht „da gehört endlich einmal einer her, der entscheidet und da auf den Tisch haut“. Das wird signalisiert von manchen Kandidaten – ich nenne keine Namen. Aber da kommt dann das „Sie werden schon noch erleben“ – das ist schon ein bisschen eine Rohrstaberlgegend, da wird's langsam gefährlich. Wir sind hier nicht in einer politischen Veranstaltung, aber es ist in Wahrheit eine politische Sache. Das macht mir Angst.

Und das Zweite ist: Wir müssen die junge Generation auffordern, nicht nur über die Politik zu motschgern – das ist ganz einfach, das kann auch ich bis zu einem gewissen Perfektion. Aber wir müssen die Menschen auffordern, in die Politik wieder zu gehen. Es gibt ein wunderbares Max-Frisch-Zitat, das ich heiß liebe – Schweizer Autor: „Bürger sein heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einmischen.“ – Und das ist eine der dringenden Notwendigkeiten. Da müssen sich nämlich dann diejenigen heraushalten, die sich auf eine falsche Weise einmischen.

**Johannes Kaup:** Herr Dr. Androsch, Sie haben drei Kinder und auch schon viele Enkelkinder. Was wollen Sie Ihren Kindern und Enkelkindern – uns allen – mitgeben? Wovor haben Sie Angst? Was wollen Sie stark machen?

**Hannes Androsch:** Ich habe keine Angst und halte es da mit der Bemerkung von Franklin Roosevelt in seiner ersten Inauguraladresse 1933: „Wir haben nichts mehr zu fürchten als die Furcht selbst.“ Daher teile ich die Meinung von Erhard Busek,

dass man dieser Angstmacherei – aus welcher Ecke sie immer kommen mag – einmal entgegentritt.

Zum Zweiten hatten wir, unsere Generation, das Glück, den größten Teil unseres Lebenswegs in Freiheit, Sicherheit, steigendem Wohlstand und größer werdender Wohlfahrt beschreiten und gestalten zu können. Dafür steht es uns an, dankbar und demütig zu sein, aber daran knüpft sich auch die Verantwortung und Verpflichtung, das den nachkommenden Generationen möglich zu machen. Und angesichts der rasanten Veränderungen – und noch einmal: Digitalisierung und was immer Sie wollen – bedarf es der bestmöglichen Bildung auf breitester Basis mit aller sozialer Durchlässigkeit. Und Politik heißt einmal, Ziele zu geben, Perspektiven zu eröffnen, Orientierung, Prioritäten zu setzen und dann den Mut und die Entschlossenheit aufzubringen, das umzusetzen. Und nicht herumzueiern und zu beschönigen und gesundzubeten. Das haben die Leute bis daher satt.

**Johannes Kaup:** Und was heißt das konkret? Was sehen Sie für Themen, die ganz wichtig wären für uns?

**Hannes Androsch:** Ich habe für die nächsten Wochen drei gesagt. Eines ist schon gescheitert, das ist der Finanzrahmen. Das nächste, der Finanzausgleich – da will ich keine Prognosen stellen, es darf jeder raten. Das Dritte ist die Bildungsreform. Wir brauchen nicht den Glückstag vom 17. November vergangenes Jahr noch einmal, weil das war ein aufgelegter Käse, und nicht den 29. Februar mit einer Pensionsreform, die das Gegenteil ist – wenn einer länger arbeitet, wird er bestraft. Ich meine, da fragt man sich, welcher krankhafte Realitätsverlust überhaupt vorliegt. Das sind die Beispiele. Und die drei Personalfragen, die anstehen – die will ich gar nicht wiederholen, die habe ich schon genannt.

**Johannes Kaup:** Ihr Sohn hat vor kurzem erst maturiert. Was würden Sie denn jungen Leuten in seinem Alter heute raten, die in Österreich sich auf einen Beruf vorbereiten, die sich vielleicht einsetzen wollen in der Gesellschaft?

**Hannes Androsch:** Was jeder junge Mensch selber will, aber da muss man ihm die Voraussetzungen zur bestmöglichen Qualifikation geben. Und das ist in vielen Bereichen nicht der Fall und bei den hellsten und klügsten Köpfen tun wir nichts, um sie zu halten. Wir haben jährlich einen Abgang, einen Braindrain, von 8000

derselben. Auf der einen Seite haben wir zu wenig Ausbildungsplätze für Mediziner, aber wenn welche fertig geworden sind, dann lassen wir sie nach Deutschland und in die Schweiz gehen, weil die besser zahlen. Wir haben die Kosten gehabt und die anderen haben den Nutzen. Also wie kleinkariert denken muss man eigentlich, dass man solchen Unsinn macht.

**Johannes Kaup:** Das hilft jetzt der Generation der 18-Jährigen nicht.

**Hannes Androsch:** Nein. Das Beste ist Qualifikation, und dann kommt Student von Studieren. Und dann möchte ich noch sagen: Im 68er-Jahr hat die ÖVP den Koren-Plan beschlossen, wir das Wirtschaftsprogramm mit dem Titel „Leistung, Aufstieg, Sicherheit“. Das hat eine innere und in genau der Reihenfolge logische Folge. Inzwischen sind in meiner Partei die Begriffe Leistung und Aufstieg zu Hochverratsvokabeln geworden. Und daraus resultiert keine Sicherheit, wie die Wahlergebnisse zeigen.